

Geflüchtet, vertrieben und im Bachgau gelandet



Die Bilder vom Aschaffener Hauptbahnhof zeigen die Ankunft von Vertriebenen und Flüchtlinge und wie sie auf ihrem letzten Hab und Gut sitzend in eine ungewisse Zukunft blickten.

Mit der bedingungslosen Kapitulation endete im Mai 1945 die völkerrechtliche Existenz des Deutschen Reiches. Zwölf Millionen Menschen verloren dadurch ihre Heimat! Es gab keine autorisierten und legitimierten Vertreter des deutschen Volkes mehr. Über das weitere Schicksal der Deutschen entschieden nun alleine die Siegermächte, sie billigten auch die „Überführung“, das heißt die Zwangsausweisung von Deutschen aus ihren Siedlungsgebieten im Osten. Bayern gehörte nach den Vereinbarungen von Jalta zur amerikanischen Besatzungszone. Verwaltungsaufgaben wurden schon früh deutschen Stellen übertragen. Entscheidungsbefugnis hatte allerdings nur die Besatzungsmacht. In den Anfangsjahren hatte sich die deutsche Verwaltung neben dem Wiederaufbau des Landes um drei Hauptprobleme zu kümmern: An erster Stelle stand die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln, Wohnraum und anderen wichtigen Gütern. Eine schier unlösbare Aufgabe angesichts des Zustroms von Flüchtlingen, Vertriebenen, Ausgebombten, zerstörten Wohngebieten und Transportwegen, sowie Mangel an Kompetenz und Personal. Der zweite Schwerpunkt der Arbeit lag auf der von den Amerikanern angeordnete Entnazifizierung der gesamten Bevölkerung. Der dritte zentrale Aufgabenbereich war die Bewältigung der Flüchtlingsfrage (Flüchtling war damals die offizielle Bezeichnung für Flüchtlinge und Heimatvertriebene). Bereits gegen Kriegsende hatte die Flucht vor der Roten Armee aus den deutschen Ostgebieten eingesetzt. 1946 erreichte der Zustrom an Flüchtlingen und Vertriebenen in Bayern mit den organisierten Ausweitungstransporten aus dem Sudetenland seinen Höhepunkt. Zunächst überließ die bayerische Regierung Hilfsmaßnahmen für Flüchtlinge und Vertriebenen caritativen Organisationen wie dem Bayerischen Roten Kreuz, musste dann aber auf Drängen der Besatzungsmacht die Versorgung als staatliche Aufgabe akzeptieren. Mit der Verordnung Nr. 3 vom 02. November 1945 wurde die Stelle eines Staatskommissars fürs Flüchtlingsfragen eingerichtet. Dessen Behörde blieb bis 1950 bestehen. Die bayerische Regierung befasste sich nur zögernd mit dem Flüchtlingsproblem, reagierte auf akute Notstände oft mit Verspätung und stand den Neuankömmlingen abwartend bis ablehnend gegenüber. Die zuständigen Dienststellen verfügten 1945/46 wegen der Entnazifizierung nur über wenig Personal und das Kommunikations- und Transportsystem hatte erhebliche Lücken. Unmittelbar nach Kriegsende kamen per Zwangszuweisung zahlreiche Flüchtlinge und Vertriebene nach Großostheim. Sie kamen mit dem Zug am Bahnhof an oder wurden von amerikanischen LKW's am Rathaus abgeladen. Schon allein auf Grund des Wohnungsmangels stellte der Zuzug von Vertriebenen (bis 1949 waren es rund 1.400) die Gemeindeverwaltung vor nahezu unlösbare Probleme. Sie konnte die Aufnahme nicht ablehnen, hatte aber auch keinen annähernd ausreichenden Wohnraum. Also blieb dem zuständigen Flüchtlingskommissar nichts anderes übrig als die notwendigen Räume zu beschlagnahmen. Anfangs wurden dabei die ortsbekanntesten Anhänger des Nationalsozialismus „bevorzugt“, aber bald mussten auch alle anderen eng zusammenrücken. In mancher „Guten Stube“ lebten, nur durch gespannte Schnur mit übergehängter Decke getrennt, zwei Familien mit bis zu zehn Personen in einem Raum. Sanitäreinrichtung und Küche mussten nach Absprache genutzt werden. Zusammenleben mit Fremden auf engstem Raum belastete das ohnehin schwierige Leben in dieser Zeit zudem.

Mit der bedingungslosen Kapitulation endete im Mai 1945 die völkerrechtliche Existenz des Deutschen Reiches. Zwölf Millionen Menschen verloren dadurch ihre Heimat! Es gab keine autorisierten und legitimierten Vertreter des deutschen Volkes mehr. Über das weitere Schicksal der Deutschen entschieden nun alleine die Siegermächte, sie billigten auch die „Überführung“, das heißt die Zwangsausweisung von Deutschen aus ihren Siedlungsgebieten im Osten. Bayern gehörte nach den Vereinbarungen von Jalta zur amerikanischen Besatzungszone. Verwaltungsaufgaben wurden schon früh deutschen Stellen übertragen. Entscheidungsbefugnis hatte allerdings nur die Besatzungsmacht.

In den Anfangsjahren hatte sich die deutsche Verwaltung neben dem Wiederaufbau des Landes um drei Hauptprobleme zu kümmern: An erster Stelle stand die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln, Wohnraum und anderen wichtigen Gütern. Eine schier unlösbare Aufgabe angesichts des Zustroms von Flüchtlingen, Vertriebenen, Ausgebombten, zerstörten Wohngebieten und Transportwegen, sowie Mangel an Kompetenz und Personal. Der zweite Schwerpunkt der Arbeit lag auf der von den Amerikanern angeordnete Entnazifizierung der gesamten Bevölkerung. Der dritte zentrale Aufgabenbereich war die Bewältigung der Flüchtlingsfrage (Flüchtling war damals die offizielle Bezeichnung für Flüchtlinge und Heimatvertriebene). Bereits gegen Kriegsende hatte die Flucht vor der Roten Armee aus den deutschen Ostgebieten eingesetzt. 1946 erreichte der Zustrom an Flüchtlingen und Vertriebenen in Bayern mit den organisierten Ausweitungstransporten aus dem Sudetenland seinen Höhepunkt.

Zunächst überließ die bayerische Regierung Hilfsmaßnahmen für Flüchtlinge und Vertriebenen caritativen Organisationen wie dem Bayerischen Roten Kreuz, musste dann aber auf Drängen der Besatzungsmacht



Bernhau lag in 464 m Seehöhe am rechten Oderufer etwa 14 km von der Quelle entfernt, in einem engen Tal und entstand im Jahr 1394. Die damaligen Siedler kamen vermutlich aus Oberfranken. Schon 1408 besaß Bernhau eine Pfarre. Die alte Ortstafel trug noch den Namen Bärnhau und soll von Bären abstammen. Wahrscheinlich gab es hier in früheren Zeiten Bären. Die Einwohner betrieben Ackerbau und Viehzucht. Die Gemeinde entwickelte sich auch dank der vorhandenen Bergwerke. Noch in der Kaiser-Zeit wurden Blei und Silber geschürft. Die Ausbeute war später aber gering und das Schürfen wurde eingestellt. Nach der Volkszählung im Jahre 1921 lebten in Bernhau 347 Deutsche, 5 Tschechen, 1939 waren es insgesamt 348 Einwohner. Der Ort Bernhau bestand aus 80 Häusern, weiter gab es zwei Wassermühlen, ab 1786 eine Schule und die im Jahre 1792 erbaute Allerheiligenkirche.

Der aus Bernhau vertriebene Ernst Ambrosch, hat sich für die Errichtung eines Gedenksteins an der Stelle seines Geburtsortes eingesetzt. Das Dorf wurde nach der Vertreibung geschleift. Heute ist es fast vollkommen verschwunden, an seiner Stelle ist ein militärisches Übungsgelände der tschechischen Armee entstanden und heute militärisches Sperrgebiet. Ambrosch begann in Eigenregie mit all den Arbeiten, die im Vorfeld einer derartigen Aktion erforderlich sind. Unterstützt wurde er von gleich gesinnten Freunden in seiner alten und neuen Heimat. Von tschechischer Seite waren namentlich Pfarrer Byrtus Bausch sowie Oberleutnant Milan Valovič aus Stadtliebau beteiligt. Letzterer führte auch die Regie vor Ort.



Schweineschlachtung



Erste heilige Kommunion



Neue Heimat für Bernhauer

Neue Heimat

für Rudelzauer



Rudelzau, Kreis Bärn, in Nordmähren, liegt in einer Höhe zwischen 410 m an der noch jungen Oder und 637 m an der Windmühle, dem höchsten Punkt. Der Ort dürfte im 13. Jahrhundert gegründet worden sein. Im Jahre 1758 hat ein Brand zwei Drittel des Oberdorfs, sowie die damalige Holzkirche zerstört. 1758 bis 1760 wurde eine neue Kirche im barocken Stil errichtet, die dem Hl. Nikolaus geweiht war. Der Name Rudelzau geht der Sage nach auf einen Grafen Rudolf zurück, der den Ort gegründet haben soll. Schon früh gab es ein durch den Bergbau entstandenes „Alt Rudelzau“.

Rudelzau war ein Reihendorf (Hubendorf), die Bauernhöfe waren an beiden Seiten der Straße angeordnet, vom Hof aus verlief das Feld in einem etwa 100 m breiten Streifen bis zu einer Länge von 3 km an einem Stück. Das war das sogenannte Hoferbe, das immer ungeteilt weiter vererbt wurde. Auf den 24 Quadratkilometern Gemeindefläche waren 52 Feldhäuser eine Besonderheit. Bis zu 3 km vom Dorf entfernt lagen diese einzeln oder in Gruppen in der Flur. Die dazu gehörenden Felder lagen auch hier an den Höfen.

Die Bewohner lebten überwiegend von der Landwirtschaft. Der Ort hatte eine eigene Post, zwei Sägewerke, zwei Wassermühlen, vier Gaststätten und eine sechsklassige Volksschule. 1939 war unter den 1069 Einwohnern eine tschechische Familie mit 5 Personen, alle anderen waren deutscher Abstammung. Nach dem alle Einwohner des Dorfes im Jahre 1946 vertrieben waren, hat die tschechischen Armee in der Region den Truppenübungsplatz „Libavia“ eingerichtet und den Ort zerstört. Heute liegt die Gemarkung im militärischen Sperrgebiet.



Kinder am Dorfplatz



Hochzeit von M. und E. Hölp



Zur Erinnerung an die ehemaligen Bewohner und an den nicht mehr existierenden Ort, außer ein paar Ruinen ist nicht mehr erhalten, wurde auf Initiative von Hedwig Frick, außerhalb des Ortskerns ein Gedenkstein aufgestellt. Im Jahr 2000 wurde dieser unter großer Beteiligung feierlich eingeweiht.